

# CDU: Edeka muss beweisen, dass Fleischwerk verträglich ist

Mittelstandsvereinigung warnt vor „Wurst-Region“-Image

Von unserem Redaktionsmitglied  
Günther Kopp

Der geplante Bau eines Fleischwerkes auf Rheinstetter Gemarkung bei der Neuen Messe hat Anwohner am Karlsruher Stadtrand wie auch in Rheinstetten auf den Plan gerufen. Sie befürchten Belästigungen durch Gerüche, zunehmenden Pkw- und Lkw-Verkehr und vor allem eine Gefährdung der Frischluftzufuhr (die BNN berichteten mehrfach. Nun meldet sich verstärkt die Politik zu Wort. (Siehe auch

„Die Landesregierung und die Fleischfabrik“.)

Die CDU-Gemeinderatsfraktion (Fraktionschefin Gabriele Luczak-Schwarz) und der CDU-Kreisverband (Vorsitzender Ingo Wellenreuther, MdB) verlangen „unabhängige Gutachten, die das Vorhaben (der Firma Edeka) und die Verträglichkeit für Anwohner und Umwelt untersuchen“. Sowohl das Land, dem das Gelände gehört, als auch die Firma Edeka seien beweispflichtig dafür, „dass von der geplanten Fleischfabrik keine für die Bevölkerung unzumutbaren Verkehrs-, Lärm- und Geruchsbelästigungen ausgehen und dass das Abwasser nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen führt“. Man nehme die Bedenken der Bevölkerung „sehr ernst“, wolle aber auch nicht verkennen, dass das Vorhaben ein Inves-

titionsvolumen von 60 Millionen Euro umfasse und rund 600 Arbeitsplätze biete.

Die CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) fordert einen anderen Standort für die Fleischfabrik. Sie verweist auf den „gigantischen Flächenverbrauch“ in der Größe von vier Fußballfeldern und gibt zu bedenken, das die „gigantische Fleischfabrik“ vehement dem Image der Stadt Karlsruhe widerspräche. In unmittelbarer Nähe der Karlsruher Messe müsse eine „intelligente Ansiedlung“ erfolgen. Die Technologie-Region dürfe nicht das Image einer „Wurst-Region“

## MdL Stober: Verkehrsproblem nicht nur Firma Edeka anlasten

bekommen, so MIT-Vorsitzender Gregor Wick.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Stober findet es „grundsätzlich positiv“, dass eine seriöse Firma wie Edeka in der Region investieren wolle. Gleichwohl gebe es „einige Ungereimtheiten“. So dürfe etwa das Land als Grundstückseigentümer das Gelände nicht unter Preis verkaufen. Der Abgeordnete begrüßt, dass nun Gutachten über die Auswirkungen der Fleischfabrik eingeholt würden. Die Verkehrsbelastung dürfe man nicht nur der Edeka anlasten, so Stober weiter.

Die Karlsruher Liste (KAL) fordert – wie berichtet – eine Bürgerversammlung zum Edeka-Projekt. Sie sieht „gravierende Nachteile“ für Karlsruhe, falls das Vorhaben wie geplant verwirklicht werden sollte.

## Die Landesregierung und die Fleischfabrik

pp. Die Landesregierung misst der geplanten Fleischfabrik in Rheinstetten „eine hohe Priorität“ zu. Dies erfuhren die Karlsruher Grünen-Landtagsabgeordneten Renate Rastätter und Gisela Splett in den Antworten auf Abgeordnetenbriefe.

Der scheidende Finanzminister Gerhard Stratthaus schrieb, das Land sei grundsätzlich bereit, die erforderliche Fläche von 19 000 Quadratmeter zu verkaufen. 110 Euro pro Quadratmeter seien aber zu hoch,

da es sich nicht um voll erschlossenes Bauland handle. Landwirtschaftsminister Peter Hauk unterstrich die besondere Verantwortung des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs. Das Land verfolge aber auch das Ziel, die Bevölkerung „verbrauchsnahe mit Nahrungsmitteln ... zu versorgen“. Und dieses Ziel werde durch das Vorhaben der Firma Edeka unterstützt.

Für Rastätter und Splett ist nicht nachvollziehbar, das der Landwirtschaftsminister trotz steigender Lebensmittelnachfrage eine derart große Fläche verkaufen wolle. Man könne nicht „das Loblied auf die Landwirtschaft“ singen und riesige Flächen zu Gewerbegebiet umfunktionieren.